



Pressemitteilung

Pressereferat

der Landeshauptstadt Wiesbaden
Schlossplatz 6 · 65183 Wiesbaden
E-Mail: pressereferat@wiesbaden.de
<http://www.wiesbaden.de/presse>

10. Mai 2021

Gesundheit, Homepage

Regionale Gesundheitskonferenz tagte im digitalen Format: Experten stellten Modellprojekte für die Gesundheitsversorgung vor

Erstmals in diesem Jahr fand Ende April die Regionale Gesundheitskonferenz Wiesbaden–Rheingau-Taunus–Limburg-Weilburg statt. Über 30 Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Öffentlichem Gesundheitsdienst, Gesundheitsförderung und Prävention, der akademischen Forschung, der Selbsthilfe sowie Erbringer von Gesundheitsleistungen kamen zusammen, um anhand von ausgewählten Studien und Modellprojekten die regionale Gesundheitsversorgung zu beleuchten. Aufgrund der pandemischen Lage tagte das Gremium zum ersten Mal virtuell.

„Wir freuen uns, dass die Veranstaltung so zahlreich und interessiert wahrgenommen wurde“, sagte Bürgermeister und Gesundheitsdezernent Dr. Oliver Franz, der in seiner Funktion als Vorsitzender die Regionale Gesundheitskonferenz eröffnete. Wohl wissend, dass die Pandemie nach wie vor viele Ressourcen binde, sei ein regelmäßiger Austausch wichtig, um aktuelle wie auch grundsätzliche gesundheitliche Fragestellungen im Blick zu behalten. „Das funktioniert nur disziplinübergreifend und mit vereinten Kräften; die Regionale Gesundheitskonferenz schafft hierfür einen optimalen Rahmen“, so Dr. Franz.

Hausärztliche Versorgung in Hessen: Studie liefert Erkenntnisse über die Niederlassungsentscheidung im ländlichen Raum

Die Hausärztliche Versorgung in Deutschland ist angespannt. Aufgrund der hohen

Altersstruktur von Ärztinnen und Ärzten wird der Ruf nach Lösungen laut, um die Nachbesetzung von Hausarztpraxen in ländlichen Regionen sicherzustellen. Im Rahmen von Studierendenprojekten wurde daher in Kooperation mit dem RWI Leibniz Institut für Wirtschaftsforschung und der Hochschule Fresenius eine Studie durchgeführt, die den Einfluss von sozialpsychologischen und sozioökonomischen Effekten auf die Standortentscheidung von Hausärztinnen und Hausärzten und Medizinstudierenden untersucht. An der Befragung nahmen 280 Studierende sowie 53 Hausärztinnen und Hausärzte in Hessen und Bayern teil.

„Die Ergebnisse legen nahe, dass es einen Zusammenhang zwischen der Einwohnerzahl des Heimatorts und der Einwohnerzahl des Niederlassungsorts gibt, sowohl für Hausärztinnen und Hausärzte als auch für Medizinstudierende“, erklärte Professorin Dr. Lilia Waehlert, Prodekanin und Fachbereichsleiterin an der Hochschule Fresenius an den Standorten Wiesbaden und Frankfurt. Die biografische Verbundenheit sowie familiäre Gründe stellen wichtige Kriterien für die Standortwahl von Hausärztinnen und Hausärzten dar und heben damit die Bedeutung von sozioökonomischen Faktoren hervor. „Finanzielle Anreize alleine reichen nicht aus“, plädiert Waehlert. „Es müssen breiter angelegte Anreizstrukturen geschaffen werden, um die Niederlassungsentscheidung im ländlichen Raum zu fördern.“ Die Mitglieder der Gesundheitskonferenz diskutierten mögliche frühe Anreizsysteme, um Niederlassungsentscheidungen in der Region zu fördern, beispielsweise in Form von regionalen Stipendienprogrammen oder wohnortnahen Ausbildungsstätten für Hausärztinnen und Hausärzte. An die Überlegungen soll in einer der Folgetagungen der Konferenz angeknüpft werden.

Neue Lösungen für die Entlastung von Gesundheitsämtern bei der Kontaktpersonen-Nachverfolgung

Neben grundsätzlichen Versorgungsthemen befasste sich die Regionale Gesundheitskonferenz auch mit aktuellen Herausforderungen, die das Gesundheitswesen angesichts der Corona-Pandemie konfrontieren. So ist im Öffentlichen Gesundheitsdienst die Nachverfolgung von Kontaktpersonen entscheidend, um Infektionsketten frühzeitig zu unterbrechen. Insbesondere bei dynamischem Infektionsgeschehen geraten die Gesundheitsämter jedoch oft an strukturelle und personelle Grenzen. In enger Kooperation mit dem Hessischen Ministerium für Soziales und Integration wurde im Gesundheitsamt Wiesbaden unter Amtsleiterin Dr. Kaschlin Butt ein Modellprojekt ins Leben gerufen, das mithilfe von externen Dienstleistern bei der Kontaktpersonennachverfolgung entlastet. Hierfür arbeitet das Gesundheitsamt mit dem Callcenter des gemeinnützigen Vereins „Frankfurter Verband für Alten- und

Behindertenhilfe“ zusammen. Der Verband stellt fünf umfassend geschulte Mitarbeitende, die täglich bis zu 20 Corona-Fallakten autark und vollständig bearbeiten.

Die Aufgabenbereiche der Callcenter-Mitarbeitenden beginnen bei der Tätigkeit von Erstanrufen, der Anamnesebefragung und dem Einpflegen von Index-Personen in die Software bis hin zur Kontaktpersonenermittlung und dem Ausstellen von Quarantänebescheinigungen. „Die Zusammenarbeit wird von beiden Kooperationspartnern als sehr gut bewertet“, kommentierte Dr. Butt die ersten Evaluationsergebnisse nach dreimonatiger Projektlaufzeit. „Anfängliche Bedenken konnten durch eine gründliche Abstimmung und Klärung von datenschutzrechtlicher Fragestellungen schnell abgebaut werden. Um wichtige personelle und räumliche Ressourcen im Amt zu erhalten, wurde das Projekt vor Kurzem auf weitere drei Monate verlängert.“ Die Zusammenarbeit mit externen Dienstleistern stelle eine flexible Lösung dar, um Behörden in Pandemiezeiten bei nicht-hoheitlichen Aufgaben zu unterstützen. Eine Übertragung des Modells auf andere Gesundheitsämter oder auf weitere Betätigungsfelder sei ebenfalls denkbar.

Über die Regionale Gesundheitskonferenz

Die erste Regionale Gesundheitskonferenz Wiesbaden–Rheingau-Taunus–Limburg-Weilburg tagte am 10. Juli 2019 im Rathaus in Wiesbaden. Aufgabe der Gesundheitskonferenz ist es, die regionalen Versorgungsstrukturen zu beobachten, Problemanalysen zu erstellen und Lösungsvorschläge zu entwickeln, um die Gesundheitsversorgungsleistungen für die Menschen vor Ort zu verbessern. Die Konferenz findet drei bis vier Mal pro Jahr statt, um gesundheitliche Fragestellungen auf Stadt- und Landkreisebene abzustimmen. Die Empfehlungen werden dem Hessischen Ministerium für Soziales und Integration für die regionale Gesundheitsplanung vorgelegt. Das Gremium setzt sich zusammen aus Delegierten der Landkreise und der Landeshauptstadt Wiesbaden, der Kassenärztlichen Vereinigung, der Ärzte- und Apothekerkammer, der Krankenkassen und –verbände, der Hessischen Krankenhausgesellschaft, Benannte der Kommunalen Spitzenverbände, des Landespflegerates sowie der Landesarbeitsgemeinschaft und Selbsthilfe.

+++